

Wochenbericht

Herbstgrundlinien 2010

Seite 2

Die deutsche Wirtschaft wächst 2010 um 3,4 Prozent, 2011 werden es 2,0 Prozent sein. Der exportgetriebene Aufschwung aus der ersten Jahreshälfte 2010 schwächt sich ab. Im Winterhalbjahr halten sich die Exportzuwächse wegen der abkühlenden Weltkonjunktur in Grenzen. Die Binnennachfrage entwickelt sich noch zögerlich. 2011 ist dank eines soliden Arbeitsmarkts und niedriger Preissteigerungen mit einer stabilen Konsumnachfrage als Fundament kräftigen Wachstums zu rechnen.

Von Ferdinand Fichtner, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Christoph Große Steffen, Hendrik Hagedorn, Vladimir Kuzin, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski und Christine Schlitzer

Weltwirtschaft:

Seite 3

Erholung setzt sich fort, aber mit geringerem Tempo

Deutschland: Exportboom läuft aus,

Seite 11

aber Binnennachfrage stützt Wachstum mehr und mehr

„Expansion wird schwächer,
insgesamt ist der Wachstumspfad aber stabil“

Seite 17

Sechs Fragen an Ferdinand Fichtner

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung für Deutschland

Seite 18

Griechenlands Marathon in die Zukunft

Seite 20

Kommentar von Alexander Kritikos

Herbstgrundlinien 2010

Ferdinand Fichtner
(ffichtner@diw.de)

Kerstin Bernoth

Franziska Bremus

Karl Brenke

Christian Dreger

Christoph Große Steffen

Hendrik Hagedorn

Vladimir Kuzin

Katharina Pijnenburg

Maximilian Podstawski

Christine Schlitzer

Das DIW Berlin prognostiziert für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2010 ein Wachstum von 3,4 Prozent, im Jahr 2011 werden es 2,0 Prozent sein.

Der Aufschwung nach der schwersten Rezession der Nachkriegszeit verläuft damit kräftig, auch wenn die hohen Wachstumsraten der ersten Jahreshälfte 2010 keinen Bestand haben werden. Nach dem Rekordwachstum des zweiten Quartals mit in der Nachwendezeit bisher unerreichten 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zeigt das DIW-Konjunkturbarometer für das dritte Quartal noch einmal ein ordentliches Wachstum von 0,7 Prozent. Insbesondere die Konsumausgaben tragen erheblich zum Wachstum bei, aber auch Investitionen und Exporte können noch einmal kräftig zulegen.

Ab dem vierten Quartal 2010 wird sich das Wachstum in Deutschland aber merklich abschwächen. Dies geht vor allem auf eine schwächere Auslandsnachfrage zurück. Insbesondere in den USA und Japan, aber auch in den Schwellenländern hat sich die Konjunktur im zweiten Quartal bereits abgekühlt. Für die zweite Jahreshälfte 2010 ist ein weiterer Rückgang des Wachstums der Weltwirtschaft zu erwarten. Wiederhergestellte Lagerbestände und auslaufende Konjunkturprogramme dämpfen weltweit das Wachstum; die massive Staatsverschuldung sowie Zinsen nahe der Null-Prozent-Grenze lassen nur geringen Spielraum für eine Fortsetzung der expansiven Geld- und Fiskalpolitik. Zudem haben viele Handelspartner mit anhaltender Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die in der Krise verlorengegangenen Jobs konnten bisher nur sehr begrenzt neu geschaffen werden. Insgesamt ist daher mit einer schwächeren Entwicklung der deutschen Exporte in den kommenden Quartalen zu rechnen.

Auch die Binnennachfrage in Deutschland wird sich zunächst abschwächen, da Nachholeffekte bei den Unternehmensinvestitionen und im Bauwesen langsam abklingen. Die Konsumdynamik bleibt angesichts der Eintrübung der Weltkonjunktur verhalten. Erst mit

Beginn des nächsten Jahres werden die vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit sowie geringe Preissteigerungen für eine dynamischere Konsumnachfrage sorgen. Zugleich wird eine steigende Kapazitätsauslastung die Investitionstätigkeit anschieben. Insgesamt wird so die Binnennachfrage im Verlauf des Jahres 2011 die Grundlage für ein im Ganzen ordentliches Produktionswachstum legen.

Dank der zuletzt überraschend günstigen wirtschaftlichen Bedingungen entwickeln sich die öffentlichen Finanzen insgesamt weniger schlecht als erwartet. Dennoch besteht angesichts der mittelfristig nicht entscheidend verbesserten Wachstumsperspektiven kein Anlass, jetzt mit Steuersenkungen oder höheren Sozialausgaben die Wachstumsrendite auszuschiütten, zumal das 2010 zu erwartende Defizit mit vier Prozent immer noch deutlich über der Maastricht-Grenze liegen wird. Zusätzliche Einnahmen sollten daher zum Abbau der Defizite genutzt werden.

Weltwirtschaft: Erholung setzt sich fort, aber mit geringerem Tempo

Die weltwirtschaftliche Erholung setzt sich fort, allerdings in den nächsten Quartalen mit etwas geringem Tempo. Nachdem in der ersten Jahreshälfte 2010 der Aufschwung mit einem deutlichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Europa angekommen war (Abbildung 1), ist für die zweite Jahreshälfte mit einem deutlichen Rückgang der Wachstumsraten weltweit zu rechnen.

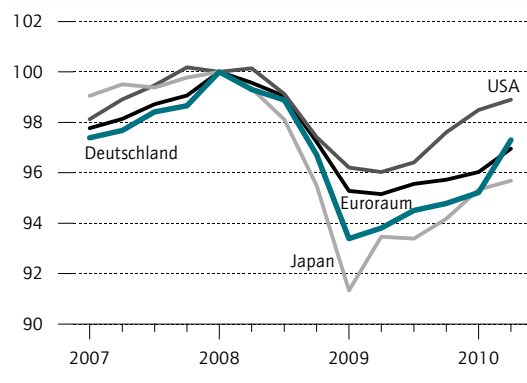
Außerhalb des Euroraums hat sich das Wachstum bereits im zweiten Quartal 2010 merklich abgekühlt, in Europa sprechen Frühindikatoren ebenfalls für eine schwächere wirtschaftliche Dynamik. Damit bestätigt sich die Erwartung, dass die hohen Wachstumsraten des vergangenen Jahres im Wesentlichen auf Aufhol-effekte sowie temporäre Einflüsse wie Konjunkturprogramme oder den Aufbau von Lagerbeständen zurückzuführen sind. Der Zwang zur Konsolidierung der Staatsfinanzen in einigen entwickelten Volkswirtschaften sowie die Hinwendung zu einer restriktiveren Geldpolitik insbesondere in den Schwellenländern beeinträchtigt die Wachstumsaussichten für die nächsten Quartale zusätzlich. Im Jahresdurchschnitt 2010 ist so mit einem Wachstum der Weltwirtschaft von knapp fünf Prozent zu rechnen (Tabelle 1). Das Wachstum der weltwirtschaftlichen Produktion wird sich bis Anfang 2011 abschwächen, im nächsten Jahr wird es nur eine leichte Beschleunigung geben. Auch der Welthandel wird nicht mehr mit den hohen Raten der letzten Quartale wachsen, dürfte aber im laufenden dritten Quartal sein Vorkrisenniveau wieder erreichen (Abbildung 2).

Dabei bleiben erhebliche Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung bestehen. Nach wie vor gibt es begründete Zweifel an der Tragfähigkeit des Wachstums in den USA und Japan. Ein abrupter Ausstieg aus der expansiven Geld- und Fiskalpolitik ist unter diesen Umständen nicht angebracht und auch nicht zu erwarten. Umgekehrt macht weltweit massiv gestiegene Staatsverschuldung eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen dringend erforderlich, die aber wohl im Wesentlichen nur in Europa angegangen wird. Die von den Kapitalmärkten ausgehende Unsicherheit angesichts der hohen Verschuldung der öffentlichen und privaten Haushalte, insbesondere in der Peripherie der Eurozone, stellt weiterhin eine ernstzunehmende Gefahr für die Gemeinschaftswährung dar. Große Risiken mit Blick auf die Stabilität der Finanzmärkte gehen aber auch von der hohen Verschuldung in den USA aus.

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, Japan, USA und Euroraum

Index 1. Quartal 2008 = 100, saison- und kalenderbereinigt



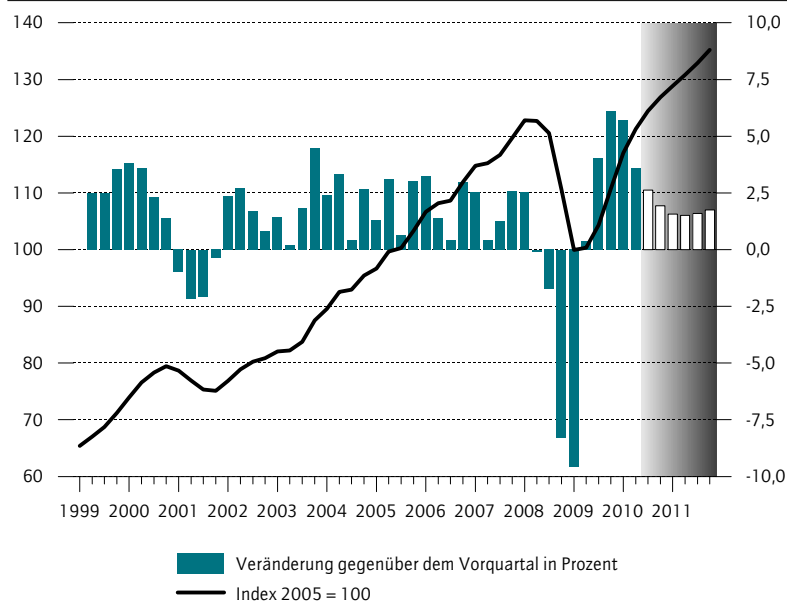
Quellen: Nationale statistische Ämter; Eurostat. **DIW Berlin 2010**

Die Produktion in Deutschland und im Euroraum hat kräftig aufgeholt. Trotzdem liegt das reale Bruttoinlandsprodukt noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau.

Abbildung 2

Welthandel

Index 2005 = 100



Quellen: CPB; Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Das Wachstum des Welthandels lässt etwas nach. Das Niveau der Vorkrisenzeit ist aber bereits wieder erreicht.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr								2008	2009	2010	2011
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011				
Euroraum	0,5	-3,6	1,7	1,4	3,3	0,3	1,5	1,3	7,6	9,4	9,9	9,8
Großbritannien	-0,1	-4,9	1,5	1,6	3,6	2,1	3,2	2,1	5,7	7,7	7,9	7,9
Mitteleuropa und Balkan	3,2	-4,0	3,4	4,0	7,9	4,4	4,9	4,1	7,9	10,1	10,1	8,2
Russland	6,1	-8,0	3,7	4,2	14,1	11,7	6,3	6,4	6,4	8,4	7,7	7,0
USA	0,0	-2,6	2,5	1,7	3,8	-0,3	1,7	1,6	5,8	9,3	9,7	9,3
Japan	-1,2	-5,2	2,7	1,7	1,4	-1,4	-0,8	-0,3	4,0	5,1	5,2	5,2
China	9,6	8,7	10,0	8,6	5,9	-0,7	3,5	2,5	4,2	4,3	4,1	4,0
Südkorea	2,3	0,2	5,7	3,9	4,7	2,8	2,8	3,1	3,2	3,7	4,0	4,0
Indien	6,3	5,8	9,1	7,1	8,4	10,9	11,8	6,0	9,8	9,5	8,3	7,6
Brasilien	5,1	-0,2	7,9	5,8	5,7	4,9	5,3	5,5	7,9	8,1	7,3	7,0
Mexiko	1,5	-6,6	5,2	3,7	5,1	5,3	4,5	5,3	4,0	5,5	5,1	4,5
Weltwirtschaft	2,8	-0,7	4,8	4,0	5,0	1,9	3,3	2,7	6,1	7,9	7,9	7,6

Quellen: Nationale statistische Ämter; Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Die Weltwirtschaft wächst in diesem Jahr kräftig, im nächsten Jahr liegen die Durchschnittsraten etwas niedriger. Dabei entwickeln sich die Preise moderat, aber die hohe Arbeitslosigkeit bleibt in vielen Ländern ein Problem.

Vereinigte Staaten

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten kühlt sich merklich ab. Nach einem kräftigen Aufschwung seit Sommer 2009 mit Quartalswachstumsraten von teilweise über einem Prozent verzeichnet die US-Wirtschaft im zweiten Quartal 2010 ein relativ schwaches Wachstum von 0,4 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Frühindikatoren weisen für die zweite Jahreshälfte 2010 auf eine weitere Verlangsamung der Konjunktur hin. So ist für das dritte und vierte Quartal nur mit Wachstumsraten von jeweils 0,2 Prozent zu rechnen. Noch immer mangelt es an privatwirtschaftlichen Impulsen für das Wirtschaftswachstum. Ein *double dip*, das heißt ein Rückfall in eine konjunkturelle Schwächephase mit negativen Wachstumsraten, ist derzeit angesichts weiterhin expansiver Geld- und Fiskalpolitik aber nicht zu erwarten (Abbildung 3).

Im produzierenden Gewerbe signalisieren sowohl Auftragseingänge als auch der Einkaufsmanagerindex einen Rückgang des Produktionswachstums, obwohl die in der Rezession erlittenen Einbrüche bisher lediglich zur Hälfte wieder wettgemacht wurden. Auch für den Dienstleistungsbereich zeigen die Indikatoren ein schwächeres Wachstum an.

Insbesondere der anhaltend schwache Konsum und die instabilen Bauinvestitionen dämpfen das Wachstum. Hemmschuh für den privaten Konsum sind vor allem der bereits hohe Schuldenstand großer Teile der Bevölkerung, der Einbruch der Vermögenswerte im Zuge der Finanzkrise sowie die ungünstige Ent-

wicklung auf dem Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsanstieg nach dem Ende der Rezession und damit der Rückgang der historisch hohen Arbeitslosigkeit verläuft ausgesprochen schleppend (Abbildung 4). Daher liegt die Sparquote der Haushalte mit rund sieben Prozent auf einem für die USA hohen Niveau und wird angesichts der beschriebenen Entwicklungen auch relativ hoch bleiben; die Konsumausgaben bleiben so über den Prognosezeitraum gedämpft. Im Bauwesen sorgen eine hohe Leerstandsquote bei Gewerbeimmobilien und das Auslaufen von Fördermaßnahmen für private Immobilienkäufer für schwaches Investitionswachstum.

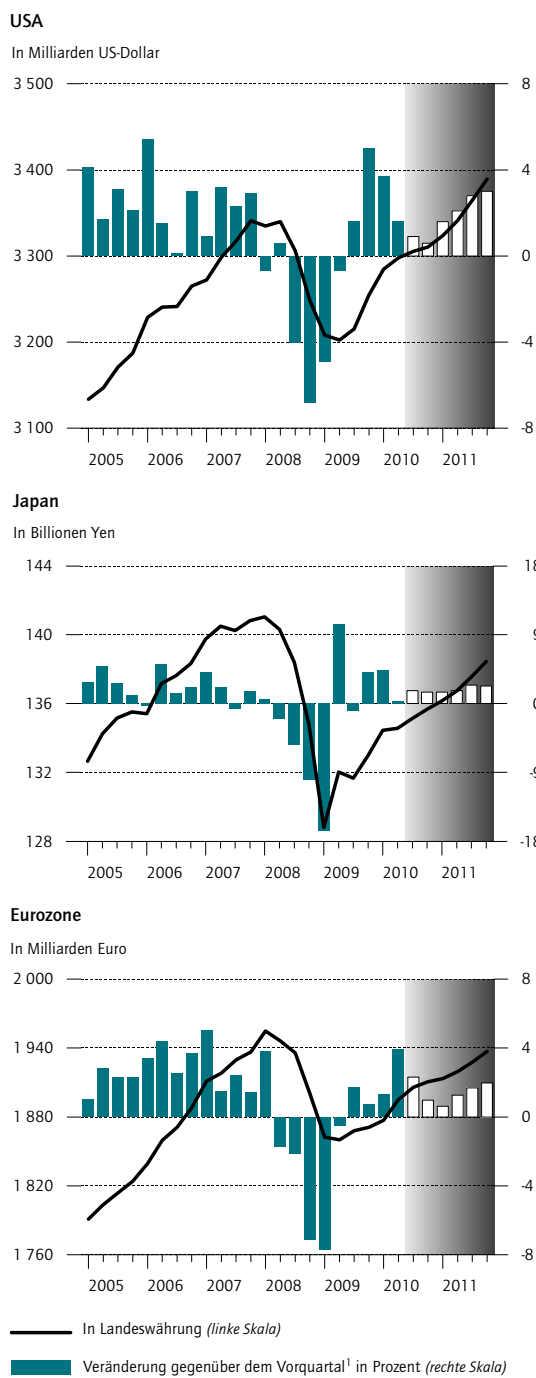
Die Politik hat weitere Stützungsmaßnahmen angesichts der Eintrübung der wirtschaftlichen Aussichten angekündigt. Im Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit will die US-Regierung über einen Zeitraum von sechs Jahren 50 Milliarden US-Dollar in Infrastrukturprojekte investieren. Zusätzlich sollen Steuererleichterungen für Unternehmen und Haushalte die Wirtschaft ankurbeln. Auch die US-Notenbank setzt ihre Unterstützungsmaßnahmen fort: Unter anderem soll durch den Ankauf von Staatsanleihen einem Zinsanstieg vorgebeugt werden. Angesichts historisch hoher Staatsverschuldung und Zinsen nahe dem Nullpunkt sind die Möglichkeiten für eine noch expansivere Fiskal- oder Geldpolitik allerdings eng begrenzt.

Dank der kräftigen Erholung in der ersten Jahreshälfte wird die US-Wirtschaft im Jahr 2010 um durchschnittlich 2,5 Prozent wachsen. Im Jahr 2011 ist mit einer Rate von knapp zwei Prozent zu rechnen, wobei erst

Abbildung 3

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum

Saisonbereinigter Verlauf



1 Auf Jahresraten hochgerechnet.

Quellen: Nationale statistische Ämter, Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

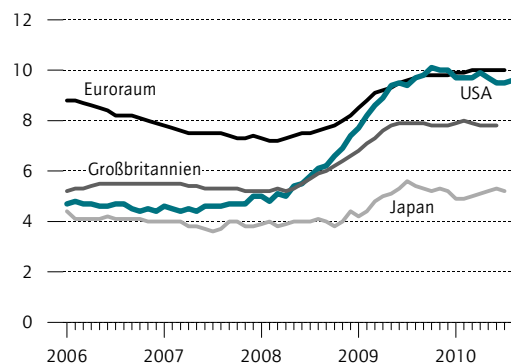
Die Erholung in den USA und Europa schwächt sich zunächst merklich ab und erholt sich erst im Verlauf des nächsten Jahres. In Japan bleibt der Aufschwung fragil.

für die zweite Jahreshälfte eine Belebung zu erwarten ist. Dabei geht die Arbeitslosigkeit nur leicht zurück,

Abbildung 4

Arbeitslosenquoten in Großbritannien, Japan, den USA und im Euroraum

In Prozent¹



1 Saisonbereinigte Monatsdaten.

Quellen: Nationale statistische Ämter; Eurostat.

DIW Berlin 2010

Weltweit ist die Arbeitslosigkeit in der Wirtschaftskrise kräftig gestiegen. Eine Besserung ist meist nicht in Sicht.

die Teuerung bleibt mit Inflationsraten unter zwei Prozent moderat.

Japan

In Japan ist das Wirtschaftswachstum fragil. Nach kräftigen Zuwachsraten von jeweils rund einem Prozent im Winterhalbjahr 2009/10 hat die Wirtschaft im zweiten Quartal 2010 fast stagniert. Insbesondere die Konsumnachfrage kam infolge auslaufender Konjunkturprogramme und einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht über das Vorquartal hinaus. Auch in den kommenden Quartalen wird insbesondere die schwache Binnennachfrage das gesamtwirtschaftliche Wachstum dämpfen. Zusätzlich ist mit einer Schwächung der bisher noch kräftigen Exportentwicklung aufgrund sinkender weltwirtschaftlicher Dynamik zu rechnen, zumal der Yen angesichts weltweit hoher Kapitalmarktunsicherheit weiterhin als relativ sichere Anlagemöglichkeit gilt. Daher ist mit Aufwertungsdruck zu rechnen.

Die Binnennachfrage wird insbesondere durch das Auslaufen von Konjunkturprogrammen sowie die hohe Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt geschwächt. Zusätzlich dämpft der anhaltende Preisverfall die Konsumfreude der Haushalte. Auch die Investitionstätigkeit ist angesichts ungünstiger Absatzerwartungen zurückhaltend, die Bauinvestitionen entwickeln sich nach dem Auslaufen von Stimulusmanahmen deutlich schwächer.

Die Politik begegnet der neuerlichen Wachstumsschwäche mit zusätzlichen Stützungsmaßnahmen.

Ende August hat die japanische Regierung ein weiteres Konjunkturpaket angekündigt, das allerdings angesichts der massiven Staatsverschuldung nur einen geringen Umfang von knapp 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts umfasst. Die angestrebte Stärkung der Konsum- und Investitionsnachfrage dürfte daher selbst auf kurze Frist nur sehr gering sein. Das monetäre Umfeld bleibt weiterhin stark expansiv. Mitte September hat die japanische Notenbank erstmals seit sechs Jahren mit massiven Dollarkäufen am Devisenmarkt interveniert, um so die anhaltende Aufwertung des Yen zu bremsen. Eine dauerhafte Stabilisierung des Wechselkurses wird diese Politik allerdings nicht gewährleisten können.

So wird die japanische Wirtschaft nach einem kräftigen jahresdurchschnittlichen Wachstum von knapp drei Prozent im Jahr 2010 lediglich ein durchschnittliches Wachstum von knapp zwei Prozent im Jahr 2011 erreichen. Dabei ist insbesondere in den nächsten vier Quartalen nur mit schwachem Wachstum zu rechnen, erst in der zweiten Hälfte 2011 kann sich die japanische Wirtschaft mit zurückgehender Deflation etwas erholen. Die Arbeitslosigkeit bleibt mit über fünf Prozent auf anhaltend hohem Niveau, der Preisverfall verlangsamt sich von durchschnittlich 1,4 Prozent im Jahr 2009 auf 0,8 Prozent 2010 und 0,3 Prozent 2011.

Euroraum

Die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone nehmen weiter zu. Im zweiten Quartal 2010 ist das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum zwar um ein Prozent (nach 0,2 Prozent im ersten Quartal) gewachsen, dabei liegt die Spannweite des Wachstums aber zwischen 2,2 Prozent in Deutschland und -1,8 Prozent in Griechenland (Abbildung 5). Angesichts der speziellen wirtschaftlichen Probleme in Südeuropa findet eine Übertragung des kräftigen Wachstums aus den anderen Volkswirtschaften bisher nur sehr begrenzt statt.

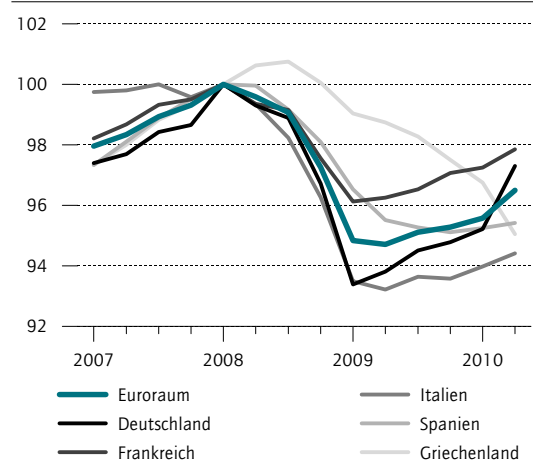
Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung der Europäischen Kommission liegt mit einem Wert von 101,8 Punkten zwar über dem langjährigen Durchschnitt von 100 Punkten, das Aggregat verschleiern aber auch hier die beträchtlichen Unterschiede zwischen den Staaten. Die derzeitige Stimmung in Spanien, Griechenland und Portugal ist mit 89,6 Punkten, 67,9 Punkten beziehungsweise 90,8 Punkten bedeutend schlechter als etwa in Deutschland mit 111,2 Punkten (Abbildung 6).

Der private Konsum dürfte in den kommenden Quartalen zwar vor allem in Deutschland Wachstumsimpulse setzen, für den gesamten Euroraum ist dies jedoch nicht zu erwarten. Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei zehn Prozent, wobei insbesondere Spanien

Abbildung 5

Reales Bruttoinlandsprodukt in Europa

Index 1. Quartal 2008 = 100



Quelle: Eurostat.

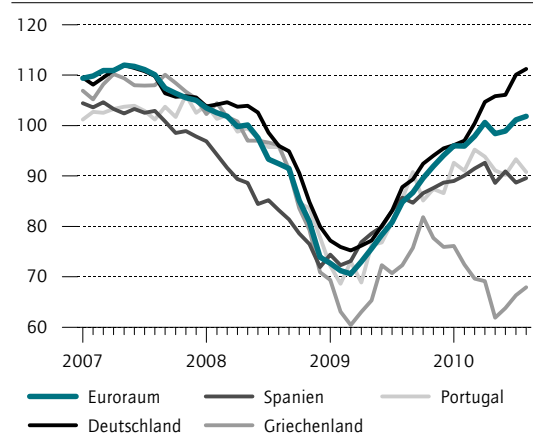
DIW Berlin 2010

Die Ungleichgewichte im Euroraum nehmen zu: Kräftiges Wachstum in Deutschland, deutlicher Rückgang in Griechenland.

Abbildung 6

Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung

Index



Quelle: Europäische Kommission.

DIW Berlin 2010

Das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung des Euroraums steigt. In Südeuropa bleibt die Stimmung aber schlecht.

mit einer Unterbeschäftigung jenseits der Zwanzig-Prozent-Marke den europäischen Durchschnitt nach oben treibt.

Zusätzlich drücken die weltweit auslaufenden Konjunkturprogramme, das schwache Wachstum in den Vereinigten Staaten und die einer Überhitzung entgegen-

genwirkenden Maßnahmen der chinesischen Regierung die Exportaussichten und damit die Stimmung in den Unternehmen. So sank der Einkaufsmanagerindex der Industrie im August vergleichsweise deutlich auf 55 Punkte. Ein Wert über 50 signalisiert aber immer noch einen Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität.

Vor allem in den südlichen Ländern werden Sparanstrengungen und strukturelle Anpassungsprozesse noch längere Zeit das Wachstum belasten. Hingegen dürfte sich die Konjunktur in den übrigen Volkswirtschaften nach einer etwas schwächeren zweiten Jahreshälfte 2010 im Jahresverlauf 2011 wieder erholen. Insgesamt ist im Jahresdurchschnitt 2010 für den Euroraum mit einem Wachstum von 1,7 Prozent zu rechnen. Die Rate wird im Jahr 2011 bei 1,4 Prozent liegen.

Angesichts der jüngsten Stabilisierung des Euro-Dollar-Wechselkurses ist ein deutliches Anziehen der Inflation über die Importpreise nicht zu erwarten. So ist der Außenwert des Euro auch wegen der nachlassenden konjunkturellen Dynamik in den USA wieder etwas gestiegen. Trotzdem kann die *Euro-Krise* keineswegs als ausgestanden gelten. Die Kapitalmärkte signalisieren weiterhin hohe Unsicherheit der Anleger; die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen einiger hoch verschuldeter Euroländer sind nach einer vorübergehenden Reduzierung wieder auf den Stand geklettert, den sie auf dem Höhepunkt der Krise im Mai 2010 hatten (Abbildung 7). Auch die auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder zurückzuführenden Ungleichgewichte innerhalb der Währungsunion werden auf absehbare Zeit bestehen bleiben.

Vereinigtes Königreich

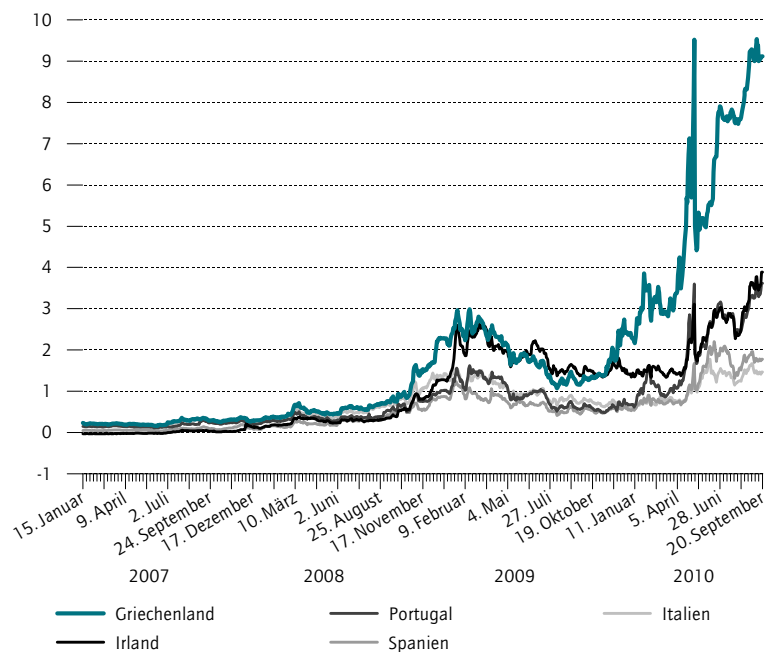
Auch Großbritannien hat mit einem unerwartet starken Wachstum von 1,2 Prozent im zweiten Quartal 2010 die Rezession hinter sich gelassen. Dies ist aber kein Indiz für eine nachhaltige Besserung. So befeuerten kurzfristige Effekte nach dem Durchschreiten des Konjunkturtals das Wachstum. Die Wirtschaft wuchs vor allem aufgrund des Wiederaufbaus von Lagerbeständen. Hinzu kommt, dass die dämpfende Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn 2010 an Kraft verloren hat.

In der zweiten Jahreshälfte werden außerdem die schwache Binnennachfrage, die staatlichen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und der stagnierende Außenhandel das Wachstum belasten. Vor allem sorgt die erst für das nächste Jahr zu erwartende langsame Erholung auf dem Arbeitsmarkt für anhaltende Verunsicherung und drückt auf die Konsumnachfrage. Hinzu kommt, dass die von der

Abbildung 7

Risikoprämien auf Staatsanleihen

Spread über zehnjähriger Bundesanleihe



Quelle: Datastream.

DIW Berlin 2010

Die Risikoprämien auf Staatsanleihen hoch verschuldeter Staaten sind wieder auf dem Stand, den sie auf dem Höhepunkt der Krise im Mai 2010 hatten.

konservativ-liberalen Regierung angekündigten Sparmaßnahmen sogar nach einer internen Schätzung des britischen Finanzministeriums mit einem weiteren Wegfall von mehr als einer Million Arbeitsplätzen über die nächsten fünf Jahre einhergehen dürften. Die private Kaufkraft sinkt darüber hinaus aufgrund einer schwachen Reallohnentwicklung (bei einer Inflationsrate von über drei Prozent) und anhaltender negativer Vermögenseffekte auf dem Immobilienmarkt. Auch die für Jahresbeginn 2011 angekündigten Steuererhöhungen dämpfen den privaten Verbrauch.

Enttäuschend entwickelt sich zudem der Außenhandel. Nach zwischenzeitlichen Exporterfolgen im zweiten Quartal 2010 – begünstigt durch eine Schwäche des britischen Pfund – stagnieren die Exporte im laufenden Quartal. Vor dem Hintergrund der weltweit schwächeren konjunkturellen Entwicklung ist in der zweiten Hälfte 2010 vom Außenhandel kein Wachstumsbeitrag zu erwarten. Auch im Verlauf des nächsten Jahres wird kaum eine Besserung eintreten.

Insgesamt ist das starke Wachstum im zweiten Quartal als nicht nachhaltig einzustufen, weshalb mit einem Wachstum für 2010 von 1,5 Prozent zu rechnen ist. 2011 wird es nicht wesentlich mehr sein, die Arbeitslosigkeit bleibt mit knapp acht Prozent auf hohem Niveau.

Kasten

Immobilienpreise in China: Spekulative Überhitzung oder fundamental gestützt?

Einer der Risikofaktoren für die Konjunktur ist die weitere Entwicklung der Immobilienpreise in China, wo sich nach Ansicht vieler Marktbeobachter in den letzten Jahren eine Blase gebildet hat. Die Entwicklung wurde von einer exzessiven Kreditvergabe der meist staatlich kontrollierten Banken und einer massiven Ausweitung der Geldmenge begleitet. Der Kreditbestand und die Liquiditätsversorgung liegen aktuell um mehr als 50 Prozent über dem Stand Anfang 2008. Platzt die Blase, droht ein konjunktureller Rückschlag in China, der über die Verflechtungen an den Weltmärkten auch nach Deutschland überschwappen kann.

Um der Diskussion eine Grundlage zu geben, wird im Folgenden zunächst das Ausmaß der spekulativen Übertreibungen bestimmt.¹ Steigerungen der Immobilienpreise können nicht per se als Anzeichen für eine Blase interpretiert werden. So nimmt etwa die Nachfrage nach Wohneigentum in Volkswirtschaften mit steigenden Einkommen zu und begründet Preisauftriebendenzen, ohne dass spekulative Übertreibungen dahinter stünden. Daher sind die Immobilienpreise um die Entwicklung zu bereinigen, die aufgrund der makroökonomischen und demographischen Faktoren zu erwarten gewesen wäre. Lediglich die Differenz zwischen der tatsächlichen und der fundamental determinierten Entwicklung ist ein Indikator für eine Blase, die ihrerseits von den subjektiven Erwartungen zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist.

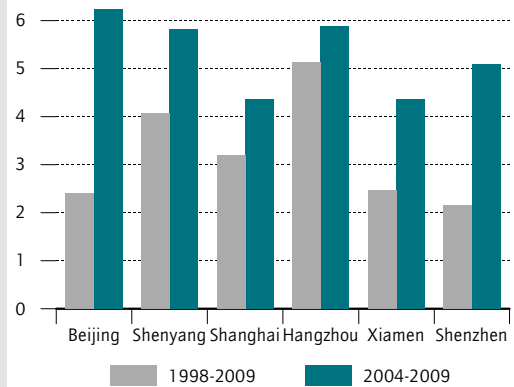
Die Analyse basiert auf einem Panel von 35 chinesischen Großstädten, für die Jahresdaten von 1998 bis 2009 vorliegen. Die nominalen Immobilienpreise werden mit dem Konsumentenpreisindex auf Stadtebene deflationiert, um reale Größen zu erhalten. Es zeigt sich, dass die Dynamik der realen Immobilienpreise in den letzten Jahren in den meisten Städten zugelegt hat (Abbildung 1). So liegen die Steigerungsraten in Beijing bei 2,4 Prozent per annum, wenn der Zeitraum ab 1998 einbezogen wird. Legt man nur die zweite Hälfte des Untersuchungszeitraums zugrunde, sind es 6,2 Prozent. Auch in Städten wie Xiamen und Shenzhen sind stärker anziehende Prei-

¹ Die Untersuchung profitiert von einer Kooperation der Konjunkturabteilung mit der Chinese Academy of Social Sciences (CASS) in Beijing.

Abbildung 1

Reale Immobilienpreise

Jahresdurchschnittliche Änderung in Prozent



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Das Wachstum der realen Immobilienpreise in China deutet auf eine Blasenbildung hin.

se zu beobachten, obgleich die Unterschiede weniger stark ausgeprägt sind. In Shanghai zeigen sich im Mittel ebenfalls hohe Zuwachsraten; aktuell sind allerdings Stagnationstendenzen zu verzeichnen.

Inwieweit die Entwicklung der realen Immobilienpreise mit den fundamentalen Bestimmungsgrößen in Einklang steht, wird im Rahmen eines panelökonometrischen Ansatzes mit stadtindividuellen Effekten überprüft. Als makroökonomische Erklärungsfaktoren werden regionale Einkommen und Zinssätze einbezogen. Die Einkommensvariable ist die reale Wertschöpfung pro Kopf der Bevölkerung. Die Zinsgröße entspricht dem Realzinssatz, der als Differenz zwischen dem landesweiten nominalen Zinssatz und der lokalen Inflation der Konsumentenpreise definiert ist. Bei einem Anstieg der Einkommen sind Preissteigerungen, bei einem Anstieg der Realzinssätze Preissenkungen an den Immobilienmärkten zu erwarten. Demographische Variablen wie zum Beispiel die Entwicklung der Bevölkerung erweisen sich für die empirische Analyse als nicht bedeutend. Dies ist auch auf den relativ kurzen Zeitraum der Untersuchung zurückzuführen, in dem das Bevölkerungswachstum annähernd konstant blieb.

Tabelle

Direkter Zusammenhang zwischen Variablen

Kausalitätshypothese	p-Wert ¹
Reale Immobilienpreise – Inflation	0,0002
Inflation – Reale Immobilienpreise	0,1252
Reale Immobilienpreise – Wachstum des Bruttoinlandsprodukts	0,1308
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts – Reale Immobilienpreise	0,0087

¹ p-Wert eines Granger-Kausalitätstests. Bei einem Wert unter 0,05 besteht eine signifikante Wirkung der ersten auf die zweite Variable.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Da die involvierten Variablen nichtstationär sind, ist der Zusammenhang zwischen realen Immobilienpreisen, Realeinkommen und Realzinssätzen im Sinne einer Langfristbeziehung zu interpretieren. Die Ergebnisse in der folgenden Gleichung

Immobilienpreise =

$$0,020 + 0,042 \text{ Einkommen} - 0,145 \text{ Realzins}$$

(10,98) (3,848) (5,473)

unterstreichen, dass die Einflussgrößen die erwartete Wirkungsrichtung haben (*t*-Werte in Klammern).

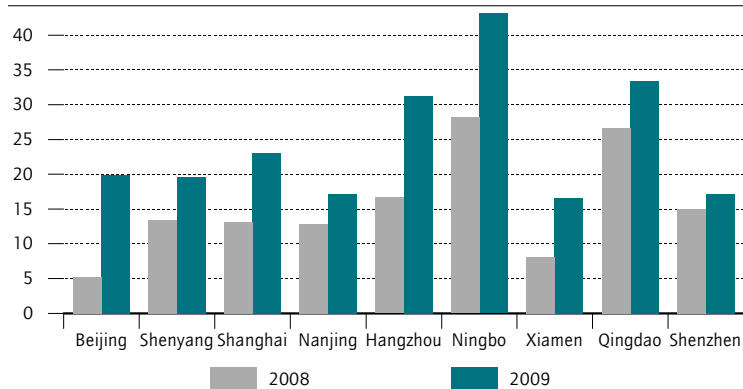
Um daraus den Umfang einer spekulativen Blase abzuleiten, wird die Beziehung nur für einen Teilzeitraum (1998 bis 2007) geschätzt. Damit kann die Immobilienpreisentwicklung im Restzeitraum (2008 bis 2009) prognostiziert werden. Bei einer Schätzung über den gesamten Zeitraum besteht ansonsten die Gefahr, die Blase zu unterschätzen. Denn die ökonometrischen Methoden liefern eine möglichst gute Anpassung an das beobachtete Geschehen, sodass blasenhafte Tendenzen irrtümlicherweise auf die fundamentalen Variablen zurückgeführt werden. Dieser Effekt wird bei einer Prognose über den Restzeitraum ausgeschaltet. Die Ergebnisse sind für einige Städte in Abbildung 2 zusammengestellt.

Danach ist die Entwicklung der Immobilienpreise zu meist durch spekulative Übertreibungen verzerrt. Beispielsweise liegt der aktuelle Preis in Hangzhou um mehr als 30 Prozent über dem Wert, der aufgrund der dortigen Fundamentalvariablen zu erwarten wäre. Die Überbewertung ist im Verlauf des letzten Jahres weiter

Abbildung 2

Ausmaß der spekulativen Übertreibung

Abweichung der realen Immobilienpreise vom Fundamentalwert in Prozent



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Vor allem im Jahr 2009 lagen die Immobilienpreise in einigen Provinzen erheblich über dem mit Fundamentaldaten begründbaren Preis.

gestiegen, in Shanghai etwa von 13 auf 23 Prozent. Eine Abweichung von dem mit Fundamentaldaten begründbaren Preis lässt sich insbesondere für die Städte in der südöstlichen Küstenregion ausmachen. Die landesweite Überbewertung dürfte rund 15 Prozent 2009 ausmachen, nach fünf Prozent 2008, wenn die Gewichtung entsprechend der regionalen Wertschöpfung erfolgt. Bei einer Gewichtung nach der Bevölkerung ergeben sich leicht geringere Werte.

Alles in allem dürften die volkswirtschaftlichen Einbußen, die von einem Platzen der Blase ausgehen, aber nicht allzu hoch einzuschätzen sein. Tatsächlich ist der Zusammenhang der realen Immobilienpreise mit der binnenwirtschaftlichen Nachfrage, etwa den privaten Konsumausgaben, eher gering. So sind im Rahmen einer Kausalitätsanalyse keine nennenswerten Effekte auf das Produktionswachstum nachweisbar, vielmehr ist umgekehrt das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ausschlaggebend für den Verlauf der Immobilienpreise (Tabelle); dies verdeutlicht noch einmal die Bedeutung fundamentaler Faktoren für den Verlauf der Immobilienpreise. Dagegen beeinflusst die Änderung der realen Immobilienpreise die Inflation der Konsumentenpreise; in umgekehrter Richtung ist kein Effekt diagnostizierbar.

Andere Staaten

In **China** ist die Wirtschaft seit der Wirtschaftskrise mit kräftigen Raten gewachsen. Im Prognosezeitraum ist im Weiteren mit etwas niedrigeren, aber dennoch kräftigen Zuwachsraten zu rechnen. Voraussichtlich wird in diesem Jahr das reale Bruttoinlandsprodukt um zehn Prozent und im kommenden Jahr um 8,6 Prozent zulegen.

Vor allem die zögerliche Entwicklung des europäischen Marktes und das niedrige Wachstum der US-Nachfrage tragen zu einer gemäßigten Exportdynamik bei. Gleichzeitig stabilisiert die leichte Aufwertung des Renminbi und eine durch stark steigende Löhne ausgelöste hohe Binnennachfrage das Importwachstum, sodass mit einem leichten Rückgang des chinesischen Leistungsbilanzüberschusses zu rechnen ist. Die Investitionstätigkeit, die im ersten Halbjahr 2010 einen Gutteil zur positiven Entwicklung der inländischen Nachfrage beigetragen hat, wird in den kommenden Quartalen aufgrund der zurückgehenden Exportkonjunktur sowie Maßnahmen zur Regulierung des Immobilienmarktes an Dynamik verlieren. Die anhaltenden spekulativen Überbewertungen am Immobilienmarkt stellen derzeit insbesondere eine Gefahr für die Preisstabilität dar, während das Platzen der Blase mit einem Risiko für das chinesische Wachstum verbunden wäre (Kasten).

Auch in den anderen großen Schwellenländern wie Brasilien, Russland und Indien wird sich die wirtschaftliche Dynamik abschwächen. Während im Jahresdurchschnitt 2010 ein relativ hohes Wachstum zu erwarten ist, zeichnet sich für 2011 insgesamt ein deutlicher Rückgang der Wachstumsraten ab.

Indien, dessen wirtschaftliche Entwicklung im Wesentlichen von der Binnennachfrage getrieben wird und das von der globalen Wirtschaftskrise daher nur begrenzt betroffen war, kann seit Anfang 2009 auf stabiles Wachstum zurückblicken. Das Auslaufen von

Konjunkturprogrammen, die auch hier einen Teil zum Wachstum beigetragen haben, dämpft allerdings die wirtschaftliche Entwicklung seit der ersten Jahreshälfte 2010. Zudem reagiert die indische Zentralbank auf die mit den kräftigen Produktionssteigerungen gestiegenen Inflationsraten mit einer zunehmend restriktiven Geldpolitik, sodass mit etwas zurückgehender Investitionsdynamik und schwächer wachsender Konsumnachfrage zu rechnen ist.

Im Gegensatz zu Indien waren Brasilien und Russland deutlich vom Rückgang des Welthandels im Zuge der Wirtschaftskrise betroffen. **Brasilien** hat allerdings dank einer kräftig wachsenden Binnennachfrage die Verluste bereits aufgeholt. Anhaltend negative Nettoexporte schwächen das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zwar. Die Leistungsbilanzdefizite spiegeln aber auch kräftige Kapitalzuflüsse wider, die eine zwar schwächer werdende, aber weiterhin nachhaltige Investitionstätigkeit ermöglichen. Allerdings werden zurückgehende Staatsausgaben, ein weniger expansives geldpolitisches Umfeld sowie sinkende Auslandsnachfrage insbesondere aus den Vereinigten Staaten und China ab der zweiten Jahreshälfte 2010 für schwächere wirtschaftliche Dynamik sorgen.

Russland erholt sich hingegen nur langsam von der Wirtschaftskrise. Vor allem die immer noch schwachen Kapitalmärkte dämpfen das Wachstum, indem sie die Investitionstätigkeit beeinträchtigen. Die Exporterlöse steigen aufgrund nur langsam anziehender Ölpreise zögerlich. Trotz immer noch kräftiger fiskalischer Stimulusmaßnahmen ist außerdem die Konsumnachfrage gedämpft, da hohe Lebensmittelpreise (auch aufgrund der Zerstörungen durch die Flächenbrände in den Sommermonaten) zu schwacher Kaufkraft der Haushalte führen. In der zweiten Jahreshälfte 2010 ist mit weiterhin gedämpftem Wachstum zu rechnen, erst ab der Jahreswende kann bei einer Stabilisierung der Kapitalmärkte eine etwas kräftigere Expansion erwartet werden.

Deutschland: Exportboom läuft aus, aber Binnennachfrage stützt Wachstum mehr und mehr

In Deutschland setzt sich der wirtschaftliche Aufschwung fort, wenngleich in gemäßigerem Tempo. Im zweiten Quartal 2010 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu. Einen solchen Zuwachs hat es seit der Wiedervereinigung noch nie gegeben. Die große Dynamik wird allerdings von Faktoren befeuert, die nicht von Dauer sind. So hängen die jüngsten Exporterfolge mit Nachholeffekten bei der Investitionstätigkeit der Handelspartner und den weltweiten Konjunkturprogrammen zusammen. Die Binnenentwicklung in Deutschland hat unter anderem von den Zuwächsen in der Bauwirtschaft profitiert. Dabei ist es aufgrund witterungsbedingter Nachholeffekte nach dem harten Winter 2009/2010 zu sehr deutlichen Steigerungen gekommen. Auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte hat sich erholt. Hier spielt vor allem eine Rolle, dass der vielfach befürchtete Einbruch am Arbeitsmarkt ausgeblieben ist und sich die Beschäftigungsaussichten sogar verbessern dürften.

Abgesehen vom robusten Arbeitsmarkt werden die Faktoren, die zum Sommerhoch beigetragen haben, in den kommenden Monaten auslaufen. Darüber hinaus zeigen sich in einigen wichtigen Zentren der

Weltwirtschaft deutliche Abschwächungstendenzen, allen voran in den USA und in China. Daher werden die Wachstumsraten aus dem zweiten Quartal 2010 nicht wieder erreicht. Die Produktion wird im dritten Quartal noch einmal um 0,7 Prozent steigen, darauf deutet das DIW-Konjunkturbarometer hin. Danach wird es aber wohl nur noch Zuwächse von 0,3 bis 0,5 Prozent pro Quartal geben. Alles in allem wird das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts 2010 bei 3,4 Prozent und 2011 bei zwei Prozent liegen. Damit bleibt der Produktionszuwachs deutlich über der Beschäftigungsschwelle, die derzeit bei knapp einem Prozent anzusiedeln ist. Daher wird der Arbeitsmarkt von der Entwicklung der Produktion gestützt (Tabelle 2, Abbildung 8).

Das Wachstum wird in diesem Jahr vor allem von der dynamischen Entwicklung der Exporte getragen, die aber auch ein Wachstum der Importe zur Folge hat. Daher trägt der Außenbeitrag im Jahr 2010 nur mit einem Prozentpunkt zur Produktionssteigerung bei (Abbildung 9). Auf die anziehende Binnennachfrage entfallen mehr als zwei Prozentpunkte, wobei die Investitionen den höchsten Beitrag liefern. Im nächsten Jahr kommt das Wachstum des realen

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	3,4	2,7	1,0	-4,7	3,4	2,0
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	39 074	39 724	40 276	40 271	40 337	40 382
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	4 250	3 602	3 141	3 227	3 014	2 916
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 487	3 777	3 268	3 423	3 248	3 143
Erwerbslosenquote ² , ILO (in Prozent)	9,8	8,3	7,2	7,4	7,0	6,8
Arbeitslosenquote ² , BA (in Prozent)	10,8	9,0	7,8	8,2	7,7	7,5
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,6	2,3	2,6	0,3	1,1	1,5
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-1,7	-0,2	2,4	5,7	-1,2	-0,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-37,1	6,3	2,8	-72,7	-100,0	-85,0
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts	-1,6	0,3	0,1	-3,0	-4,0	-3,3
Leistungsbilanzsaldo (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)	6,5	7,6	6,8	4,9	4,9	4,8

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise auf die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
Berechnungen des DIW Berlin, 2010 bis 2011: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

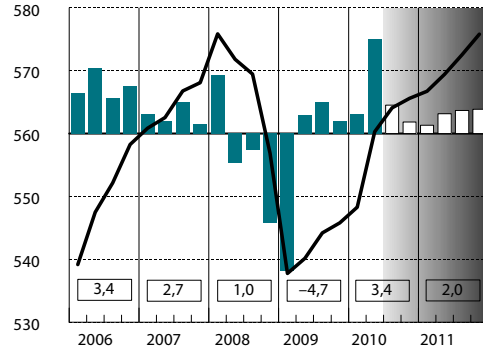
Das reale Bruttoinlandsprodukt wächst im Jahresdurchschnitt 2010 dank außerordentlicher Zuwächse in der ersten Jahreshälfte kräftig. 2011 liegt die Rate etwas niedriger. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv, auch das Staatsdefizit ist niedriger als erwartet.

Abbildung 8

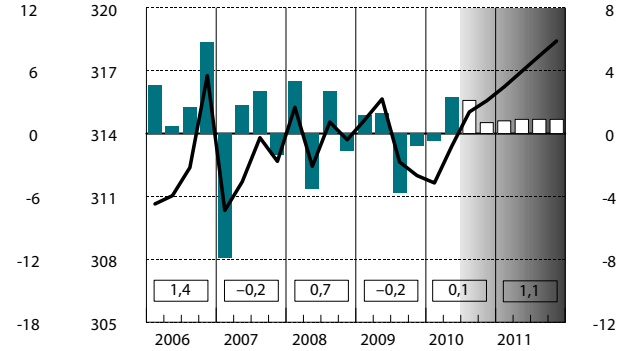
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

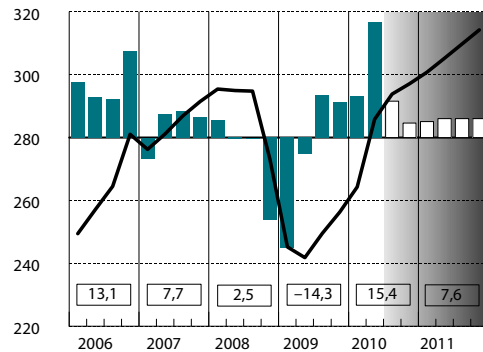
Bruttoinlandsprodukt



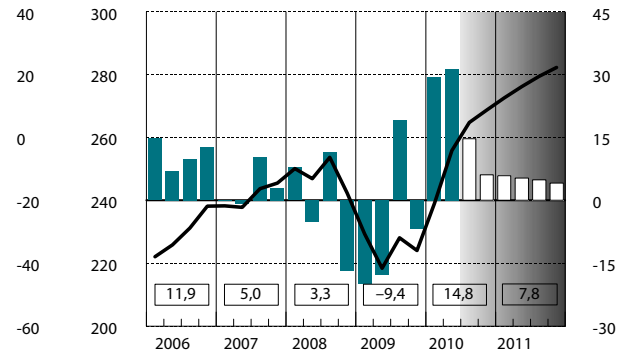
Konsumausgaben der privaten Haushalte



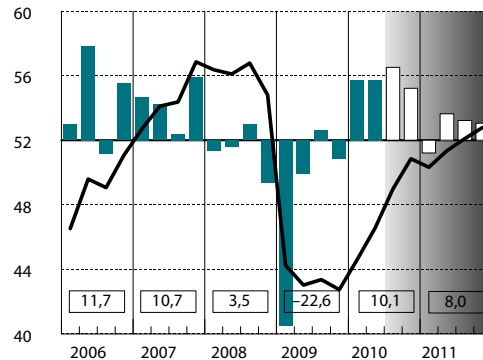
Exporte



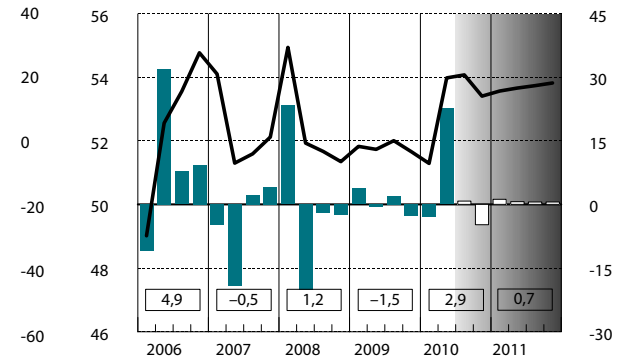
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal¹ in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

¹ Auf Jahresraten hochgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

Das im zweiten Quartal 2010 beobachtete Wachstum hat keinen Bestand. Trotz kräftiger Investitionstätigkeit sinkt die wirtschaftliche Dynamik. Erst im Verlauf des nächsten Jahres kann die Binnennachfrage das Wachstum anschieben.

Bruttoinlandsprodukts in noch geringerem Umfang vom Außenhandel. Die Dynamik wird dann noch stärker vom privaten Konsum und den Investitionen getragen. Während die Inflation angesichts eines

stabilen Euro/US-Dollar-Wechselkurses und einer verhaltenen Preisentwicklung bei den Rohstoffen moderat bleibt, wird die Beschäftigung weiter zunehmen. Im Durchschnitt des Jahres 2011 werden

40,4 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, so viele wie noch nie im vereinigten Deutschland. Die Expansion findet vorwiegend im Dienstleistungsbereich statt.

Außenhandel: Deutlich schwächer in der zweiten Jahreshälfte

Die deutsche Exportwirtschaft hat im zweiten Quartal 2010 um gut acht Prozent zugelegt und die Krise damit endgültig hinter sich gelassen. Vor allem in den außereuropäischen Schwellenländern konnten im Bereich der Vorleistungs- und Investitionsgüter Absatzfolge erzielt und Marktanteile hinzugewonnen werden. Dies schlägt sich auch in der deutschen Exportstruktur nieder, die sich im Laufe des Jahres zu Gunsten der Schwellenländer verschoben hat. So lag der Anteil der deutschen Exporte mit Ziel Asien im zweiten Quartal bei 15,5 Prozent, vor Ausbruch der Krise hatte er noch rund zwölf Prozent betragen. Insgesamt macht die Ausfuhr in die Schwellenländer derzeit knapp 20 Prozent der deutschen Exporte aus. Teilweise ist diese Entwicklung aber auch auf die schwächere Konjunktur in den Industrieländern zurückzuführen. So befand sich das Geschäft mit den USA zwar im zweiten Quartal ebenfalls auf Erholungskurs, das Vorkrisenniveau ist aber genau wie im EU-Binnenhandel noch lange nicht erreicht. Da sich zudem der Welthandel leicht abkühlen wird, wird das deutsche Exportwachstum im zweiten Halbjahr 2010 etwas geringer ausfallen. Trotzdem ist insgesamt ein robuster Aufwärtstrend zu erwarten, weil die weltweite Nachfrage gut zur deutschen Angebotsstruktur passt: Vielerorts werden nun Investitionen nachgeholt, die während der Krise aufgeschoben wurden. Dies weitet den deutschen Anteil am Welthandel tendenziell aus. Zudem trägt der Eurokurs zur preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte bei.

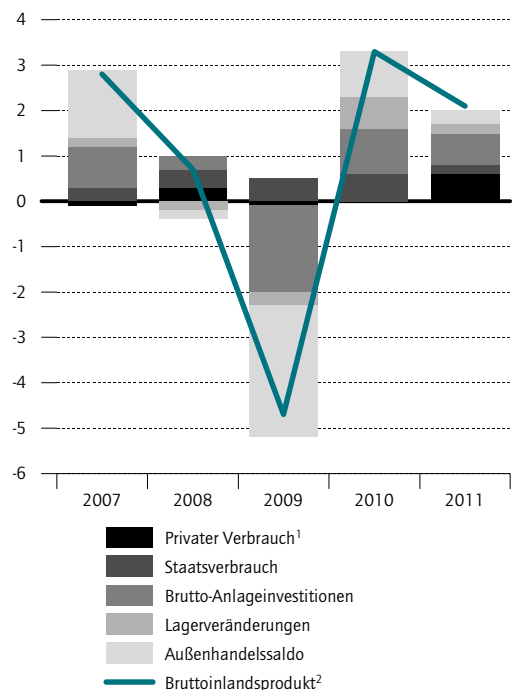
Dementsprechend war bei den Auftragseingängen aus dem Ausland im zweiten Quartal 2010 ein weiterer Anstieg zu verzeichnen. Für das dritte Quartal ist mit einem Zuwachs von knapp drei Prozent zu rechnen. Das Vorkrisenniveau der Exporte wird damit spätestens im vierten Quartal wieder erreicht. Im Gesamtjahr ergibt sich ein Wachstum von gut 15 Prozent, für 2011 ist mit einer Verstetigung des Wachstumsverlaufs bei einer Jahresrate von knapp acht Prozent zu rechnen. Die Exportwirtschaft schwenkt somit auf den Wachstumspfad ein, der bereits vor der Krise beschritten wurde.

Angetrieben durch die Exportdynamik hat auch das Importvolumen in der ersten Jahreshälfte stark angezogen. Die Wachstumsrate lag in den ersten beiden Quartalen 2010 jeweils bei sieben Prozent. Kennzeichnend für den Aufschwung wurden insbesondere Vorleistungs- und Investitionsgüter verstärkt

Abbildung 9

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten



- 1 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin. **DIW Berlin 2010**

Im Jahr 2010 tragen Außenhandel und Investitionen das Wachstum. Erst im nächsten Jahr leistet auch der private Konsum einen entscheidenden Wachstumsbeitrag.

nachgefragt. Im Gleichlauf mit den Exporten wird das Importwachstum in diesem Jahr knapp 15 Prozent betragen. Im nächsten Jahr ist mit einem Zuwachs von acht Prozent zu rechnen, wobei die Konsumgüternachfrage dann wieder stärker zum Importwachstum beiträgt.

Investitionen: Kräftiges Wachstum dank Aufschwung und Nachholeffekten

Die Wiederbelebung der Konjunktur schlägt sich auch im Investitionsverhalten der Unternehmen nieder. Im zweiten Quartal 2010 war bei den Ausstattungsinvestitionen ein Zuwachs von 4,4 Prozent zu verzeichnen. Im laufenden Quartal ist mit einer weiteren Belebung und einem Wachstum von gut fünf Prozent zu rechnen. Die Aufträge bei den Investitionsgütern weisen auf eine stabile, wenn auch nicht außerordentliche Entwicklung hin. Bei den Investitionen handelt es sich vornehmlich um

Ersatzinvestitionen, die sich im Zuge der Investitionszurückhaltung des letzten Jahres angestaut hatten. Auch die Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung in Europa wirkt dämpfend. Der gegenwärtige durchschnittliche Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten von knapp über achtzig Prozent weist darauf hin, dass es derzeit nur punktuell zu Erweiterungsinvestitionen kommt. Dies wird sich im Zuge der anziehenden Produktion jedoch ändern. Das Auslaufen der Möglichkeit degressiver Abschreibungen wird im vierten Quartal zudem zu Vorzieheffekten führen, was die Wachstumsrate für das Gesamtjahr zusätzlich erhöht. Insgesamt kann von einem Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von gut zehn Prozent im Jahr 2010 ausgegangen werden. Im kommenden Jahr setzt sich die Erholung des Investitionsniveaus dann mit verlangsamttem Tempo fort. Die Wachstumsrate dürfte bei acht Prozent liegen.

Die Bauinvestitionen sind im zweiten Quartal um gut fünf Prozent gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Maßgeblich hierfür war vor allem die Kompensation der witterungs- und krisenbedingten Zurückhaltung im letzten Winter. So legte der Wirtschaftsbau im zweiten Quartal 2010 um gut sechs Prozent zu, beim Wohnungsbau waren 2,9 Prozent zu verzeichnen. Zusätzlich wurde die Bauwirtschaft von den Konjunkturpaketen gestützt, die jedoch nur zögerlich wirken; ein großer Teil der Mittel wird sogar erst 2011 ausgabewirksam werden. Gleichzeitig wurden in diesem Jahr viele öffentliche Investitionsprojekte angesichts der

knappen Finanzlage der Kommunen zurückgestellt, sodass insgesamt die Aufträge der öffentlichen Hand lediglich stabilisierend in das Aggregat der Bauinvestitionen eingehen dürften.

Der Wirtschaftsbau wird angesichts der Auftragslage in Zukunft in etwa stagnieren. Im Wohnungsbau, der sich bisher äußerst robust zeigte, deuten die Auftragseingänge sogar einen leichten Rückgang an. Zusammen genommen werden die Bauinvestitionen im dritten Quartal in etwa konstant bleiben und im vierten Quartal leicht rückläufig sein. 2010 ergibt sich eine Wachstumsrate von knapp drei Prozent. Für 2011 ist weiterhin mit einer eher verhaltenen Entwicklung zu rechnen. Das Wachstum dürfte sich auf ungefähr ein Prozent belaufen.

Privater Verbrauch: Arbeitsmarkt setzt Erholung in Gang

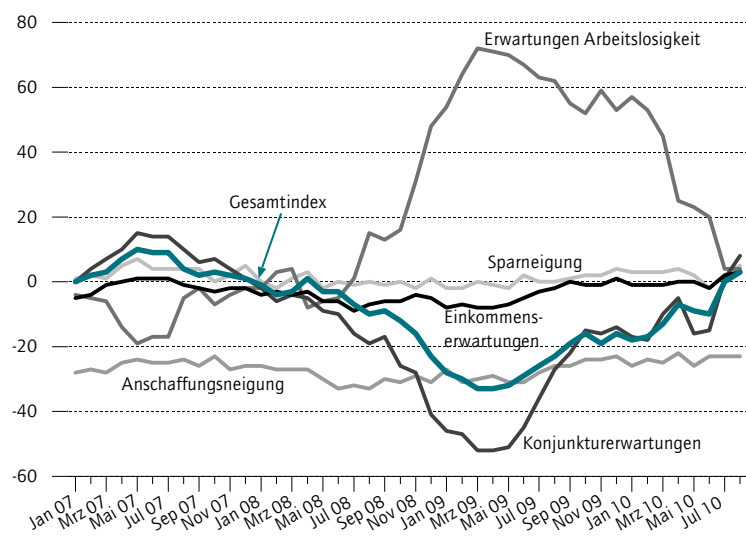
Im zweiten Quartal 2010 hat der private Verbrauch erstmals seit einem Jahr wieder leicht zugelegt. Im Vergleich zum ersten Quartal gaben die Konsumenten 0,6 Prozent mehr aus. Ursache für die Ausweitung des privaten Konsums war vor allem die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Angesichts der rückläufigen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen hat sich der Aufwärtstrend bei den Bruttolöhnen und -gehältern weiter fortgesetzt. Im laufenden Jahr wird die Bruttolohnsumme um rund zwei Prozent expandieren, 2011 dürfte der Anstieg nur leicht schwächer ausfallen. Die Masseneinkommen (Lohneinkommen und staatliche Transferleistungen) werden in diesem Jahr dank solider Arbeitsmarktlage und staatlicher Stützungsmaßnahmen deutlich wachsen, und auch die Selbständigeneinkommen werden nach etwas schwächerer Expansion im Jahr 2010 im Jahresdurchschnitt 2011 noch einmal kräftig zulegen. Dank anhaltend niedriger Verbraucherpreisinflation dürften die realen verfügbaren Einkommen in diesem und im nächsten Jahr jeweils um gut ein Prozent zulegen und damit die Verbrauchskonjunktur tragen. Die Sparquote wird im Jahresdurchschnitt 2010 bei über elf Prozent liegen. Im Laufe des Jahres 2011 geht sie etwas zurück.

Risiken für den privaten Verbrauch bestehen in einer Verschärfung der Schuldenkrise in Europa, die bei einer erneuten Verunsicherung der Konsumenten die Sparneigung erhöhen und so den Konsum bremsen könnte. Trotz der Schuldenproblematik hellt sich die Stimmung der Konsumenten dank der günstigen Arbeitsmarktsituation aber mehr und mehr auf. So verzeichnet der Konsumklimaindex der Europäischen Kommission für September einen weiteren Zuwachs, der hauptsächlich durch die gestiegenen Einkommenserwartungen bedingt ist (Abbildung 10). Angesichts

Abbildung 10

Konsumklima in Deutschland



Quelle: Europäische Kommission.

DIW Berlin 2010

Das Konsumklima erholt sich dank verbesserter Konjunkturerwartungen deutlich.

der überraschend starken Konjunkturdaten für das zweite Quartal 2010 schätzen die Verbraucher ihre Einkommenssituation in den kommenden zwölf Monaten positiver ein als noch zu Beginn des Jahres. Damit bleibt auch ihre Anschaffungsneigung auf konstant hohem Niveau. Dazu passt die Einschätzung der Unternehmen: Der Ifo-Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel erreichte im August den höchsten Stand seit 1991, sowohl bei der aktuellen Lage als auch bei den Erwartungen.

Trotz der zuletzt anziehenden Konsumdynamik dürfte der private Verbrauch im Jahresdurchschnitt 2010 nahezu stagnieren. 2011 ist bei anhaltender Erholung der Konjunktur und einer weiteren Verbesserung der Arbeitsmarktsituation mit einer Expansion der Konsumausgaben um mehr als ein Prozent zu rechnen. Der private Verbrauch dürfte damit im nächsten Jahr einen kräftigen Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten liefern.

Verbraucherpreise: Verhaltener Anstieg stützt Kaufkraft

Trotz der anziehenden konjunkturellen Dynamik steigen die Verbraucherpreise in Deutschland weiterhin nur sehr verhalten. Im Vergleich zum Vorjahresmonat betrug die Teuerungsrate im August 2010 ein Prozent und lag damit weiter unter dem zehnjährigen Durchschnitt von 1,5 Prozent. Haupttreiber für den leichten Preisanstieg waren erneut Energie (2,5 Prozent) – insbesondere Mineralölprodukte – und Lebensmittel (2,8 Prozent). Die Kerninflation ohne Energie und Lebensmittel verharrte unter der Ein-Prozent-Marke.

Insgesamt halten sich im Prognosezeitraum Auf- und Abwärtsrisiken bei den Preisen etwa die Waage. Einerseits sind die Deflationsrisiken aufgrund des wirtschaftlichen Erholungskurses gering; mit der allmählichen Normalisierung der Kapazitätsauslastung und der positiven Arbeitsmarktentwicklung wird im kommenden Jahr wieder leichter Preisdruck entstehen. Dennoch sind mittelfristig bei einer Kombination aus restriktiverer Fiskalpolitik, expansiver Geldpolitik und verhaltenem Wachstum keine Inflationsrisiken auszumachen. Insgesamt wird die durchschnittliche Teuerung 2010 bei gut einem Prozent liegen, 2011 dürfte sie etwa 1,5 Prozent betragen.

Arbeitsmarkt: Weitere Besserung zu erwarten

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter aufgehellt: Das seit letztem Herbst bestehende Wachstum der Beschäftigung hat sich bis zuletzt fortgesetzt, die registrierte Arbeitslosigkeit ist in nahezu glei-

chem Maße gesunken. In Bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen und der registrierten Arbeitslosen ist inzwischen das Niveau vor Ausbruch der Krise wieder erreicht.

Bei der Zahl der Arbeitslosen ist allerdings zu berücksichtigen, dass seit Anfang 2009 erwerbslose Personen, deren Vermittlung in die Hände privater Einrichtungen übergeben wurde, nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Diese Personen hinzuge-rechnet, wäre die Arbeitslosenzahl noch um 200 000 höher als vor der Krise. Im Laufe dieses Jahres ist die Zahl der Personen, die von privaten Vermittlern betreut werden, allerdings deutlich zurückgegangen. Nicht zutreffend sind Behauptungen, dass zum Rückgang der Arbeitslosigkeit eine Abnahme des Erwerbspersonenpotentials beigetragen hätte.

Wegen der deutlich anziehenden Produktion wurde auch die Kurzarbeit weiter abgebaut. Mitte 2010 gab es noch 400 000 Arbeitnehmer, die konjunkturbedingt ihre Arbeitszeit verkürzen mussten. Besonders stark wurde die Kurzarbeit in größeren Betrieben zurückgeführt – wohl deshalb, weil diese mehr als andere von dem exportgetriebenen Aufschwung profitieren konnten. Ebenfalls deutlich nachgelassen hat die Zahl von Neuanmeldungen von Kurzarbeit.

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen gibt es noch Unterschiede bei der Beschäftigungsentwicklung, diese sind aber geringer geworden. Im verarbeitenden Gewerbe ist der Abbau von Arbeitsplätzen inzwischen zum Stillstand gekommen. In dessen Kernbereich – der Industrie – wächst die Erwerbstätigkeit seit dem Frühjahr sogar wieder etwas. Allerdings sind im verarbeitenden Gewerbe zwar längst nicht mehr so viele Betriebe wie noch vor einem Jahr auf Kurzarbeit angewiesen, aber immerhin nicht gerade wenige (18 000 im Mai). Während manche Betriebe also Personal aufstocken, müssen andere noch die Arbeitszeit konjunkturbedingt reduzieren. Von dem Beschäftigungsniveau der Zeit vor der Krise ist der Sektor noch weit entfernt – im gesamten verarbeitenden Gewerbe liegt die Zahl der Erwerbstätigen um 400 000 beziehungsweise rund vier Prozent darunter, in der Industrie im Speziellen sind es 300 000 (fünf Prozent).

Zu einem wichtigen personalpolitischen Instrument hat sich insbesondere im verarbeitenden Gewerbe die Leiharbeit entwickelt, mit der Randbelegschaften mehr und mehr institutionell ausgegliedert wurden. Dadurch haben sich die Unternehmen einen flexiblen Konjunkturpuffer geschaffen. Entsprechend ging die Beschäftigung bei den Leiharbeitsfirmen im Verlauf der Krise massiv zurück, im einsetzenden Aufschwung nahm sie besonders stark zu. Inzwischen ist die Zahl der Leiharbeiter fast wieder so hoch wie

im Herbst 2008. Im Aufschwung überstieg der Zuwachs bei der Leiharbeit sogar das Wachstum bei der Zahl der Erwerbstätigen in der gesamten Wirtschaft. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Struktur der Beschäftigung weiter vom regulären Personal der Unternehmen zur Leiharbeit verschoben. Aktuell spiegelt dies auch die Verunsicherung vieler Unternehmen hinsichtlich ihrer weiteren Auftragsentwicklung wider.

Im Dienstleistungsbereich konnten Sektoren, deren Entwicklung an die Industrieproduktion gekoppelt ist, ebenfalls leichte Beschäftigungszuwächse realisieren; dazu gehören das Transportgewerbe und Teile der unternehmensnahen Dienste. Leicht aufwärts gerichtet ist die Beschäftigung auch in der Bauwirtschaft – nicht zuletzt deshalb, weil diejenigen Teile der Konjunkturprogramme, die die Bautätigkeit stützen, erst mit Zeitverzug produktionswirksam werden. Weiter kräftig ausgeweitet wurde bis zuletzt die Beschäftigung in den Sektoren Bildung und Erziehung sowie Gesundheits- und Sozialwesen. Die Aktivitäten in diesen Wirtschaftsbereichen, die größtenteils entweder dem Staatsektor zuzuordnen oder von Nachfrageimpulsen des Staates und der Sozialversicherungen abhängig sind, wachsen schon seit vielen Jahren kräftig – und weitgehend unabhängig von konjunkturellen Einflüssen. Bei konsumbezogenen Diensten dagegen, die auf die unmittelbare private Nachfrage angewiesen sind, war die Beschäftigungsentwicklung bis zuletzt schwach; dazu zählen der Handel und das Gastgewerbe.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter entspannen. Für die Arbeitsmarktprognose des nächsten Jahres bleibt der große Unsicherheitsfaktor die Entwicklung in der Industrie – und dabei vor allem die Auslandsnachfrage. Wenn sich, wie in diesem Bericht angenommen, das Produktionswachstum – wenn auch mit gebremstem Tempo – fortsetzt, wird die Zahl der Erwerbstätigen weiter zunehmen. Das sektorale Muster der Entwicklung dürfte sich bei einer besseren Lage auf dem Arbeitsmarkt zu denjenigen Sektoren verschieben, die auf die Konsumnachfrage im Inland ausgerichtet sind. Zwar ist nicht mit einer starken Belebung des privaten Konsums zu rechnen, wegen der niedrigen Beschäftigungsschwelle in den konsumnahen Sektoren reicht das Wachstum aber zur Aufstockung des Personals aus.

Öffentliche Finanzen: Kein Spielraum für Steuersenkungen

Der unerwartete Wachstumsschub in diesem Jahr lässt auch die Steuereinnahmen wieder sprudeln. Zwar werden die Defizite der öffentlichen Haushalte 2010 immer noch weit über den Maastricht-Grenzen liegen, sie fallen aber geringer aus als ursprünglich erwartet. Das hat bereits einige Wirtschaftspolitiker auf den Plan gerufen, die eine Ausschüttung der Wachstumsrendite an das Wahlvolk fordern. So werden Steuersenkungen und höhere Sozialausgaben diskutiert.

Zu einer solchen Politik besteht indes kein Anlass. Denn die im zweiten Quartal beobachtete Wachstumsbeschleunigung kann nicht in die Zukunft fortgeschrieben werden. Die mittelfristigen Wachstumsperspektiven, an denen sich die Regierung bei einer vorausschauenden Finanzplanung orientieren sollte, haben sich nicht entscheidend verbessert. Greift man dennoch zu Steuersenkungen oder Ausgabensteigerungen, kommt es zu Stroheffekten, die nicht ausreichen werden, um die entstehenden Defizite zu finanzieren. Daher bestünde ein erhebliches Risiko, dass sich das strukturelle Defizit weiter erhöht und die Konsolidierung zunehmend schwieriger wird.

Tatsächlich ist das Budgetdefizit der öffentlichen Haushalte weniger auf das Wirken automatischer Stabilisatoren zurückzuführen, sondern in erster Linie strukturell verursacht, auch weil die Konjunkturprogramme wie etwa das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz längerfristig den Haushalt belasten. Nimmt man die demographische Entwicklung hinzu, die die finanziellen Lasten der sozialen Sicherung in naher Zukunft drastisch erhöhen wird, ist ein Konsolidierungskurs unausweichlich. Dieser ist auch von Stabilitäts- und Wachstumspakt und Schuldenbremse vorgezeichnet.

Daher sollten die zusätzlichen Einnahmen genutzt werden, um beim Abbau der Defizite zügiger als bislang voranzukommen. Das von der Regierung beschlossene Sparpaket reicht dazu bei weitem nicht aus. Eine überzeugendere Konsolidierung bleibt daher auf der Tagesordnung. Sie trägt mittelfristig zu einem höheren Wachstumspfad bei, weil sie das Vertrauen von privaten Haushalten und Unternehmen in die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik erhöht.

JEL Classification:
E32, E66, F01

Keywords:
Business cycle forecast,
Economic outlook

Sechs Fragen an Ferdinand Fichtner

„Expansion wird schwächer, insgesamt ist der Wachstumspfad aber stabil“



Herr Dr. Fichtner, die deutsche Wirtschaft hat sich überraschend gut von der Krise erholt. Wie gut ist die Lage tatsächlich?

Die Erholung, die wir im zweiten Quartal beobachtet haben, ist außerordentlich. Wir hatten hier ein Quartalswachstum von 2,2 Prozent. Das ist sensationell und wurde im wiedervereinigten Deutschland noch nie beobachtet. Wir gehen aber davon aus, dass sich das Wachstum nicht auf diesem hohen Niveau halten kann, sondern sich etwas abschwächen wird. Da spielt die Abschwächung der Weltkonjunktur eine Rolle, da spielen aber auch andere temporäre Aspekte, wie das Auslaufen von Konjunkturpaketen eine Rolle, sodass in der zweiten Jahreshälfte mit einem etwas geringeren Wachstum zu rechnen ist.

Wie stark wird sich das Wachstum denn abschwächen?

Der extreme Wachstumsschub mit 2,2 Prozent im zweiten Quartal war mit Sicherheit eine einmalige Spitze. Wir gehen aber davon aus, dass im dritten Quartal die deutsche Wirtschaft immer noch mit 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal wächst. Das ist immer noch ein kräftiges Wachstum. Erst zum vierten Quartal, und auch im ersten und zweiten Quartal des Jahres 2011 ist mit etwas niedrigeren Zuwächsen von unter 0,5 Prozent zu rechnen. Insgesamt aber ist der Wachstumspfad als solide und tragfähig zu betrachten. Wir kommen im Jahr 2010 auf ein sehr massives Jahreswachstum von 3,4 Prozent, aber auch im Jahr 2011 werden wir voraussichtlich ein Wachstum von 2,0 Prozent erreichen.

Worauf ist der Aufschwung zurückzuführen?

Den Anstoß für den Aufschwung haben eindeutig die Exporte gegeben. Die deutsche Automobilindustrie hat beispielsweise massiv nach China exportiert, aber auch die deutsche Investitionsgüterindustrie hat im einsetzenden Aufschwung der Weltkonjunktur wieder viel exportieren können. Dabei haben die Unternehmen ihre Kapazitätsgrenzen erreicht und mussten in Maschinen und Ausrüstungen investieren, die dann wieder aus Deutschland nachgefragt wurden.

Wie sieht die Erholung des Wirtschaftswachstums weltweit aus?

Die Weltwirtschaft hat in Bezug auf das Wachstum ihren Höhepunkt bereits überschritten. Das heißt, der Aufholprozess nach der Krise geht langsam zu Ende. In manchen Volkswirtschaften, wie zum Beispiel in den USA, haben wir schon im zweiten Quartal eine leichte Eintrübung des Wachstums beobachtet, während im Euroraum die Schwächung erst für die nächsten Quartale zu erwarten ist. Also stabilisiert sich der Aufschwung nach der Aufholjagd langsam, und es ist jetzt teilweise ein tragfähiges, teilweise vielleicht etwas fragiles Wachstum zu beobachten.

Wird die Abschwächung des Wachstums in Deutschland Konsequenzen am Arbeitsmarkt haben?

Zunächst sehen wir keine unmittelbaren Konsequenzen am Arbeitsmarkt, weil die deutsche Wirtschaft nach unserer Einschätzung insgesamt sehr solide und tragfähig wächst. Die Binnennachfrage wirkt stabil, insbesondere die Konsumnachfrage scheint Teile der Lücke, die durch schwächere Exportraten entsteht, wieder ausgleichen zu können. Daher sehen wir keine ernsthafte konjunkturelle Gefahr für den Arbeitsmarkt.

Wie sollte die Politik auf die konjunkturelle Lage reagieren?

Im Moment ist der entscheidende Aspekt die Stabilisierung der Binnennachfrage. Wir müssen davon ausgehen, dass die Exporte in der zweiten Jahreshälfte deutlich schwächer ausfallen werden. Das heißt, es wird darum gehen, die Haushalte zum Konsumieren zu animieren. Dafür ist ein stabiles politisches Umfeld notwendig. Insofern muss die Politik den Bürgern Sicherheit und Stabilität vermitteln. Das fehlte ein bisschen in der ersten Jahreshälfte. Da spielt mit Sicherheit auch die Eurokrise eine Rolle, aber auch andere innenpolitische Aspekte, wie der Streit innerhalb der schwarz-gelben Koalition.

Wir sehen keine ernsthafte konjunkturelle Gefahr für den Arbeitsmarkt.

Dr. Ferdinand Fichtner,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter in der
Abteilung Konjunktur
am DIW Berlin

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2010 bis 2011

	2008	2009	2010	2011	2009		2010		2011	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	1,4	0,0	0,2	0,1	0,2	-0,3	0,0	0,3	0,3	0,0
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-1,3	-2,5	0,9	0,5	-1,9	-3,0	1,1	0,7	-0,1	1,0
Arbeitstage	1,1	0,0	0,5	-0,1	-1,9	1,8	0,8	0,2	0,8	-1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,2	-2,6	1,6	0,5	-3,6	-1,5	1,9	1,3	1,0	0,0
Produktivität ¹	-0,2	-2,2	1,8	1,5	-3,1	-1,4	1,2	2,3	1,6	1,3
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,0	-4,7	3,4	2,0	-6,6	-2,9	3,1	3,6	2,7	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 862,8	1 883,2	1 929,7	1 980,8	919,2	964,0	936,7	993,0	965,1	1 015,8
Private Haushalte ²	1 413,2	1 411,1	1 438,3	1 477,2	691,0	720,0	699,4	738,9	721,2	756,0
Staat	449,6	472,1	491,4	503,6	228,1	244,0	237,2	254,1	243,9	259,7
Anlageinvestitionen	471,4	422,7	446,8	463,7	200,7	222,0	207,6	239,3	220,6	243,1
Ausrüstungen	201,6	154,7	168,4	180,4	74,5	80,2	77,6	90,8	85,9	94,5
Bauten	241,5	240,1	250,2	254,5	112,8	127,2	116,5	133,7	121,0	133,5
Sonstige Anlageinvestitionen	28,3	27,9	28,2	28,8	13,4	14,6	13,5	14,8	13,8	15,0
Vorratsveränderung ³	-12,4	-27,3	-8,1	-5,3	-7,0	-20,3	2,1	-10,1	5,3	-10,6
Inländische Verwendung	2 321,8	2 278,6	2 368,4	2 439,2	1 112,8	1 165,8	1 146,3	1 222,1	1 191,0	1 248,2
Außenbeitrag	159,5	118,5	125,0	122,6	52,5	66,0	65,4	59,6	64,7	57,9
Exporte	1 177,9	978,8	1 159,4	1 263,8	472,1	506,7	545,4	614,0	618,3	645,5
Importe	1 018,4	860,3	1 034,4	1 141,2	419,6	440,7	480,0	554,4	553,6	587,6
Bruttoinlandsprodukt	2 481,2	2 397,1	2 493,5	2 561,8	1 165,3	1 231,8	1 211,7	1 281,8	1 255,7	1 306,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,7	1,1	2,5	2,7	1,3	0,9	1,9	3,0	3,0	2,3
Private Haushalte ²	2,5	-0,2	1,9	2,7	0,0	-0,3	1,2	2,6	3,1	2,3
Staat	3,4	5,0	4,1	2,5	5,2	4,8	4,0	4,2	2,8	2,2
Anlageinvestitionen	3,7	-10,3	5,7	3,8	-11,9	-8,9	3,5	7,8	6,3	1,6
Ausrüstungen	2,9	-23,3	8,9	7,1	-23,9	-22,6	4,3	13,2	10,6	4,1
Bauten	4,5	-0,6	4,2	1,7	-3,0	1,7	3,2	5,1	3,9	-0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,8	-1,4	1,1	2,0	-1,1	-1,7	1,0	1,2	1,9	2,0
Inländische Verwendung	2,8	-1,9	3,9	3,0	-2,1	-1,7	3,0	4,8	3,9	2,1
Exporte	3,2	-16,9	18,4	9,0	-21,0	-12,7	15,5	21,2	13,4	5,1
Importe	5,2	-15,5	20,2	10,3	-16,4	-14,7	14,4	25,8	15,3	6,0
Bruttoinlandsprodukt	2,0	-3,4	4,0	2,7	-5,4	-1,4	4,0	4,1	3,6	1,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	1,1	0,5	0,8	1,1	0,8	0,3	0,3	1,4	1,5	0,9
Private Haushalte ²	0,7	-0,2	0,1	1,1	0,1	-0,4	-0,7	0,9	1,5	0,8
Staat	2,3	2,9	2,9	1,2	3,0	2,7	3,2	2,7	1,3	1,1
Anlageinvestitionen	2,5	-10,1	5,7	3,8	-12,0	-8,3	3,8	7,4	5,9	2,0
Ausrüstungen	3,5	-22,6	10,1	8,0	-23,4	-21,9	5,6	14,2	11,4	5,2
Bauten	1,2	-1,5	2,9	0,7	-4,6	1,4	2,4	3,3	2,3	-0,6
Sonstige Anlageinvestitionen	6,5	5,6	5,9	6,2	5,3	5,9	6,5	5,3	6,4	5,9
Inländische Verwendung	1,2	-1,9	2,5	1,8	-2,1	-1,7	1,6	3,4	2,5	1,1
Exporte	2,5	-14,3	15,4	7,6	-18,3	-10,1	13,6	17,1	10,7	4,8
Importe	3,3	-9,4	14,8	7,8	-10,5	-8,3	11,0	18,5	11,5	4,6
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,0	-4,7	3,4	2,0	-6,6	-2,9	3,1	3,6	2,7	1,3
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,7	0,0	1,8	1,6	0,0	0,1	1,9	1,7	1,6	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,0	2,1	1,1	1,3	2,1	2,0	0,8	1,4	1,5	1,0
Anlageinvestitionen	1,1	-0,3	0,0	0,0	0,1	-0,6	-0,4	0,3	0,3	-0,4
Ausrüstungen	-0,6	-0,9	-1,1	-0,9	-0,8	-0,9	-1,2	-0,9	-0,7	-1,0
Bauten	3,3	0,9	1,3	1,0	1,7	0,3	0,8	1,7	1,6	0,5
Exporte	0,7	-3,0	2,6	1,3	-3,3	-2,8	1,7	3,5	2,4	0,3
Importe	1,8	-6,8	4,7	2,3	-6,6	-6,9	3,1	6,1	3,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,4	0,6	0,7	1,2	1,5	0,8	0,4	0,9	0,6

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Nachrichten aus dem DIW Berlin

Neue Querschnittsgruppe Konjunkturpolitik

Am DIW Berlin hat die neu gegründete **Querschnittsgruppe Konjunkturpolitik** ihre Arbeit aufgenommen. Die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit bei der konjunkturpolitischen Beratung sowie bei der Konjunkturprognose bekommt damit einen neuen institutionellen Rahmen und wird so noch mehr vom breiten Spektrum der am DIW Berlin bearbeiteten wirtschaftswissenschaftlichen Themen profitieren. Mit der Einrichtung der Querschnittsgruppe setzt das Institut einen Vorschlag seines Kuratoriumsvorsitzenden Professor Dr. Dr. h.c. Bert Rürup um.

Die **Querschnittsgruppe Konjunkturpolitik** steht unter der Leitung von Dr. Ferdinand Fichtner, der seit April 2010 in der Konjunkturabteilung des DIW Berlin verantwortlich für Konjunkturprognosen und die Analyse weltwirtschaftlicher konjunktureller Entwicklungen ist. Fichtner ist auch mit der Empfängerseite wirtschaftspolitischer Beratung vertraut: Vor seiner Tätigkeit beim DIW Berlin war er bei der Europäischen Zentralbank im Bereich der forschungsgestützten Wirtschaftspolitik und Prognosearbeit tätig. Professor Dr. Ansgar Belke, DIW-Forschungsdirektor und Professor für Makroökonomie an der Universität Duisburg-Essen, DIW-Präsident Professor Dr. Klaus F. Zimmermann und DIW-Kuratoriumsvorsitzender Rürup bringen als Mitglieder der Querschnittsgruppe ihre umfangreiche Erfahrung in der Politikberatung ein.

Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus die Mitwirkung von Wissenschaftlern aus den Forschungsabteilungen des DIW Berlin. Kern der Zusammenarbeit ist dabei das gemeinsame Interesse an aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen und der Politikberatungsauftrag des Instituts.

Aus der Konjunkturabteilung machen Abteilungsleiter Professor Dr. Christian Dreger, Dr. Kerstin Bernoth und Dr. Vladimir Kuzin als Mitglieder der Querschnittsgruppe den Kern des Prognoseteams aus. Für den Themenbereich Öffentliche Finanzen bringt Dr. Stefan Bach aus der Abteilung Staat des DIW Berlin seinen Sachverstand ein. Die Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung entsendet mit Professor Dr. Martin Gornig einen ausgewiesenen Fachmann für Strukturfragen in die Gruppe, sowie Florian Mölders, der die Querschnittsgruppe insbesondere zum Thema außenwirtschaftliche Beziehungen verstärkt. Auch Dr. Hella Engerer aus der Abteilung Weltwirtschaft bringt ihre Sachkenntnis im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein. Aus der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt verstärkt Dr. Franziska Holz als Expertin für internationale Energiemärkte die Gruppe. PD Dr. Elke Holst vom Sozio-oekonomischen Panel und DIW-Arbeitsmarktexperte und Vorstandsreferent Karl Brenke ergänzen das Team insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. DIW-Forschungsprofessorin Dr. Mechthild Schrooten unterstützt die Arbeit der Querschnittsgruppe vor allem zu geld- und finanzmarktpolitischen Fragen. Auch die DIW-Forschungsdirektorin für Finanzmärkte, Professor Dr. Dorothea Schäfer, arbeitet als Mitglied in der Querschnittsgruppe mit.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Alexander Kritikos
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Karl Brenke

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805-19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin
(Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier



Griechenlands Marathon in die Zukunft

von Alexander Kritikos*

Seit einigen Tagen wird in Griechenland wieder gestreikt. Der Grund: Die Regierung Papandreou bleibt auf Reformkurs. Im Vordergrund der Reformbemühungen steht die Öffnung bisher geschlossener Berufe, wodurch der Wettbewerb in zunftartig organisierten Berufsständen und damit die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands insgesamt erhöht werden sollen. Grundsätzlich gilt: Ein solcher von der EU geforderter Kurs ist alternativlos – nur stellt sich wie bei jeder Reform die Frage nach der Gestaltung des Übergangs.

Die Konsequenzen eines ungunstigen Übergangs lassen sich am Lastwagenstreik deutlich machen, der jetzt wieder aufflammt. Durch die Vergabe einer fixen Zahl von Lastwagenlizenzen vor drei Jahrzehnten wurde dieser Markt von echten Neueinsteigern abgeschottet. Angesichts des erhöhten Warenverkehrs war es dann nicht verwunderlich, dass sich bei steigenden Transportpreisen ein blühender Handel mit den existierenden Lizenzen entwickelt hat. Folglich hat die jüngste Öffnung der Branche zwei Konsequenzen: Zum einen werden die Eigentümer der Transportlizenzen sich nun einem wachsenden Wettbewerb ausgesetzt sehen, in dessen Folge die Transportkosten sinken werden – das ist für die Kunden begrüßenswert. Damit verlieren die bisherigen Lizenzinhaber aber nicht nur die Rendite aus ihrer Investition, für die sie bis zu 200 000 Euro gezahlt haben, sondern auch ihre Altersvorsorge, die die Brummifahrer über den späteren

Verkauf der Lizenz absichern wollten. Ein Ausgleich für die faktische Enteignung gehört zur Öffnung der Märkte zumindest im Hinblick auf die Altersabsicherung dazu. Ein Vorschlag: Warum nicht die bisherigen Lizenznehmer mit adäquaten Rentenansprüchen entschädigen?

Aber es gilt viel grundsätzlicher zu fragen, ob mit der Öffnung bestehender Märkte alles Notwendige für Griechenlands Zukunft getan ist. Zweifellos nein. Denn Griechenland ist Teil der EU, einer Gruppe innovationsgetriebener Nationen. Von einer schlüssigen Innovationspolitik oder einem funktionierenden Innovationssystem ist Griechenland jedoch weit entfernt. Es ist an der Zeit, dass sich die griechische Regierung über die Förderung der konzentrierten Ansiedlung einer zukunftssträchtigen Industrie in einer spezifischen Region Gedanken macht. Dies müsste mit der Gründung entsprechender Forschungseinrichtungen mit attraktiven Arbeitsbedingungen einhergehen. Nur dann würden griechische Forscher zurückkehren, die in zahllosen Wissenschaftsinstitutionen auf der ganzen Welt nur nicht in Griechenland innovative Entwicklungen vorantreiben. Solche Bemühungen werden durch europäische Programme gefördert – die Entscheidung für diesen Schritt muss jedoch die griechische Regierung selbst treffen. Es wäre eine kostspielige, aber langfristig lohnende Entscheidung und ebenso alternativlos, wenn Griechenlands Entwicklung sich nicht von der EU abkoppeln soll.

* Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Vizepräsident des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Leiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung.